



SED-Pressediens (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

3. Juni 1949

Nachrichten

Aussenministerrat soll deutsche Friedensdelegation empfangen
III. Parlament der RDM telegraphiert nach Paris
Westdeutsche "Falken" für nationale Front
Kriegsgefangene appellierten an alle Deutschen
Freiheit für Max Reimann!
Stolz der Jugend: Planerfüllung
Aufruf zum Aufbau der Stadt Dresden
17 Jungens und 8 t Kohle
13 Jugendliche errichten einen Neubauernhof
Bisher höchste Förderleistung im sächsischen Steinkohlenbergbau
Auch Angestellte können Wettbewerbe durchführen
Lohnkonflikt in Hafenbetrieben
Wiedergutmachung nach dreierlei Mass
FDGB-Delegation auf dem polnischen Gewerkschaftskongress
Der Tag der Volkspolizei
"Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" Nr. 11

Kommentare

Probefall Gerhart Eisler
Gestapospitzel und Volksverräter im SPD-Vorstand
Ungesetzliche Einmischung in Berliner S-Bahn-Betrieb
Soll Berlin-Konflikt verewigt werden?

Artikeldienst

Ein Parteitag von historischer Bedeutung
Fünf Brüder

Stimmen des Auslandes

Bulgariens Weg
Die Krisenzeichen in den USA
Steigende Arbeitslosigkeit der Marshall-Länder
Brief aus Finnland

Zur Information

"New Yorker Herald Tribune" zum Berliner S-Bahn-Konflikt
Die deutsche Bevölkerung in Rumänien
Dorf Progresul
34,5 Millionen Schulkinder

Pressedienst
(FD)

June 1959

Nachrichten
=====

Aussenministerrat soll deutsche Friedensdelegation empfangen
III. Parlament der FDJ telegraphiert nach Paris

Leipzig, 3. Juni (A.B.)

Die 2 000 Delegierten des III. Volks-Parlamentes telegraphierten ein Telegramm an den Aussenministerrat in Paris, das auf dem 1. Tagungstag des Volkskongress gewählte Delegation zu empfangen und anzukündigen. Die Delegation sei auch von der gesamten national gesinnten deutschen Jugend legitimiert, die Forderung nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und dem Abschluss eines gerechten Friedensvertrages vorzutragen.

Westdeutsche "Falken" für Nationale Front

"Wie ich als Angehöriger der Falkenbewegung vom Volkskongress angenehm überrascht wurde, so erging es mir auch anlässlich des III. Jugendparlamentes in Leipzig", schreibt Werner Vogt, Hamburg, in der 2. Sondernummer der "Jungen Welt". "Seid Ihr für die Einheit Deutschlands? Auf diese besorgte Frage konnten wir nur bestätigen, dass wir selbstverständlich, wie viele Freunde von den 'Falken', für die Einheit Deutschlands eintreten. Im Hinblick auf die Jugendfragen sollte man die trennenden politischen Ansichten zurückstellen und in der Frage der Einheit Deutschlands den gleichen Weg gehen: es gibt für uns so viele soziale Probleme zu lösen, die nur dann zu meistern sind, wenn wir zusammenarbeiten. Wenn ich wieder im Westen bin, will ich auch dafür einsetzen."

Sonja Böttger aus Kiel berichtete nach dem Referat Honeckers in der Diskussion, mit welchen Schwierigkeiten die westdeutsche Jugend zu kämpfen hat und wie der Gedanke der Nationalen Front immer mehr Anhänger gewinnt.

"Wenn viele Redner die Worte 'Freundschaft siegt' zitierten, so möchte ich für uns im Osten Deutschlands feststellen: hier hat die Freundschaft gesiegt!", erklärte Hermann Gerigk.

Jenia Bogomolowa gab in deutscher Sprache die Begrüssungsadresse des sowjetischen Komsomol zur Kenntnis. Dieses Dokument brüderlicher Verbundenheit bezeichnete Paul Verner in seinen Dankworten als eine Verpflichtung, die Sowjetjugend stets als Vorhut der internationalen Friedenskräfte und Generallissimus Stalin als den grossen Ratgeber der internationalen Friedensfront anzuerkennen.

PresseDienst
(PD)

Nachrichten

3. Juni 1949

-- 2 --

Kriegsgefangene appellieren an alle Deutschen

B e r l i n , 3.6. (E.B.)

"Unser Appell richtet sich an alle Deutschen in der Heimat, besonders aber an alle Werktätigen im Osten wie im Westen Deutschlands, sich einzureihen in die grosse Friedensfront der Welt", mahnen Kriegsgefangene aus dem Lager 7 393/8 in der Sowjetunion. "Wir stehen in der vordersten Front der Kämpfer für den Frieden. Wir werden nicht müde werden, auch nach unserer Rückkehr in die Heimat mitzuarbeiten, um ein einheitliches, friedliches Deutschland zu schaffen."

"Ausser der Angabe, dass das Besatzungsstatut nach 12 Monaten einer Nachprüfung unterliegt, stellen die einzelnen Artikel eine Aneinanderreihung von Gummiklauseln dar, die Westdeutschland zu einer Kolonie der westlichen Besatzungsmächte machen", stellen die Kriegsgefangenen des Lagers 7314/5 in der Sowjetunion fest. "Wir fordern, dass uns der Weg zur nationalen Entwicklung freigegeben und dass die Einheit Deutschlands wiederhergestellt wird. Fort mit dem Besatzungsstatut! Schliesst mit dem deutschen Volk endlich einen Friedensvertrag!"

Freiheit für Max Reimann!

Forst/Lausitz, 3.6. (E.B.)

"Die Belegschaft der ersten Forster Textilwerke protestiert entschieden gegen die erneute Verhaftung des KPD-Vorsitzenden Max Reimann und fordert seine unverzügliche Freilassung", lautet der Inhalt einer der zu Tausenden angenommenen Resolutionen, die sich damit gegen die Vergewaltigung der Nationalen Front für Einheit und Frieden wenden.

"Freiheit für Max Reimann!" fordern u.a. über 5 000 Arbeiter und Angestellte des Braunkohlenkombinats Deuben und die 18 000 Betriebsangehörigen der Buna-Werke-Schkopau. "Die Verhaftung eines so bedeutenden Verfechters der nationalen Einheit kann den Willen des deutschen Volkes zur Selbstgestaltung seiner Geschichte nur verstärken und vertiefen."

Stolz der Jugend: Planerfüllung

Aufruf zum Aufbau der Stadt Dresden

L e i p z i g , 3.6. (E.B.)

Die FDJ-Delegierten von Hoyerswerda haben den Auftrag bekommen, auf dem III. Parlament der FDJ in Leipzig die gesamte FDJ aufzurufen am Aufbau der Stadt Dresden mitzuarbeiten. FDJ-Betriebs- und Ortsgruppen sollen Arbeitsbrigaden nach Dresden zusammenstellen, die sich regelmässig ablösen. Die erste Brigade wird der FDJ Kreisvorsitzende Hoyerswerda in Kürze nach Dresden schicken.

Pressebericht
(ID)

Nachrichten, 1. Juni 1949

17 Jungens und mit Kohle

Aue, 3.6. (L.B.)

Im Werk I "Hilfswerk" fiel durch Wiedlungsarbeiten der Hubwagen der Kohlenverfrähranlage aus. 17 PDB-Mitglieder stellten sich freiwillig zur Verfügung, um einen Ausfall der Kesselanlage wegen fehlender Kohle zu vermeiden. In 65 Minuten schafften die Jugendlichen zwei Tonnen Kohle zum Kesselbau weiter. Die Reparaturzeit am Kohlengraben wurde dadurch vollständig überbrückt.

19 Jugendliche errichteten einen Neubauernhof

Halle, 4.6. (L.B.)

3 Junggesellen, 7 Lehrlinge und 11 Frauen haben in 14 Tagen einen Neubauernhof in Diegelendorf aus dem Grund erstellt. In dieser Zeit haben die 19 Jugendlichen 28 063 Steine vermauert, 8 cbm Sand ausgeschachtet und fundamentiert. 4 cbm Löss, 2 cbm Schluff und 2,1 cbm Feinsteinmauerwerk bezogen. Jetzt sind die Wände des Hofes, einer der neuen Neubauernhöfe, errichtet.

Fischer führte Fortbildung im Bereich der Elektrotechnik

Halle, 4.6. (L.B.)

Im letzten Monat der Fortbildung wurde die Fortbildung im Bereich der Elektrotechnik durchgeführt. Die Fortbildung wurde durch die Fortbildung im Bereich der Elektrotechnik durchgeführt. Die Fortbildung wurde durch die Fortbildung im Bereich der Elektrotechnik durchgeführt.

Die Fortbildung wurde durch die Fortbildung im Bereich der Elektrotechnik durchgeführt. Die Fortbildung wurde durch die Fortbildung im Bereich der Elektrotechnik durchgeführt. Die Fortbildung wurde durch die Fortbildung im Bereich der Elektrotechnik durchgeführt.

Auch Angehörige des Wettbewerbs für Kinder

Aue, 4.6. (L.B.)

Die Magdeburger Rheinbetriebe "Fahlberg" und "Organo" führten die Lohnrechner einen Wettbewerb durch, um die arbeitsschweren Punkte der Lohnrechner zu fördern. Entsprechend der Punkte des Summe der Punkte der Lohnrechner einen Ablieferungsgrad für seine Stempelkarten zugestellt, deren vorzeitige oder spätere Ablieferung bewertet wurde. Für Fehler und Ungenauigkeiten wurden außerdem entsprechende Minuspunkte berechnet. Der Leerlauf in der Lohnbuchhaltung wurde beendet, da die kleinsten Betriebsabteilungen schon nach wenigen Stunden ihre Stempelkarten weiterleiteten, anstatt wie bisher erst nach drei oder vier Tagen. Ausserdem wurden die sonst in den letzten Tagen vor der Lohnzahlung wegen Arbeitsüberlastung geleisteten Überstunden vermieden. Ein dritter Erfolg des Wettbewerbes ist, dass die einzelnen Lohnrechner sich für die Erweiterung ihrer Kenntnisse interessieren, um unnötige Fehler zu vermeiden.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 3. Juni 1949
- 4 -

Unter denselben Bedingungen wurde ein Wettbewerb der Betriebsbuchhalter durchgeführt, der vorsah, die Ablieferungsfrist für die Betriebsdiarien an die Hauptbuchhaltung zu verkürzen.

Die Möglichkeiten für Angestellten-Wettbewerbe sind damit noch lange nicht erschöpft. Rechtzeitige und richtige Planaufstellung, Einsparung von Postgebühren und Büromaterial, Vereinigung getrennter Aufgabenbereiche, Bearbeitung eines bestimmten Aufgabengebietes durch eine veringerte Zahl von Mitarbeitern können organisiert werden. Solche Wettbewerbe lassen sich überall anwenden. Es lohnt sich darauf, die Möglichkeiten zu erkennen.

Lohnkonflikt in Hafenbetrieben

H a n n o v e r , 3.6. (L.B.)

In Belegschaftsversammlungen der Hafen- und Umschlagbetriebe in Hannover und Hildesheim wiesen die Arbeiter entrüstet das Angebot der Unternehmer zurück, in Bremen 5 und in Hannover sowie Hildesheim 7 Pfennig Lohnzulage zu zahlen. Die in der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr organisierten Arbeiter sind entschlossen, falls kein annehmendes Angebot von den Unternehmern erfolgt, für ihre berechtigten Forderungen den Kampf aufzunehmen.

Wiedergutmachung nach Berliner Maß

K i e l , 4.6. (L.B.)

Im Landtag von Schleswig-Holstein beschäftigten sich die Abgeordneten mit einer Verordnung, die die Ansprüche ehemaliger Nazi-Beamten an das Land Schleswig-Holstein regeln soll. Diese Beamten wurden nach der Kapitulation zunächst entlassen und sind nach Einstufung durch die Spruchkammer in Gruppe IV oder V herabgestuft. Wiedereinstellungsbzw. Ruhegehalts- oder Pensionsansprüche zu stellen. Es handelt sich um 4 000 Personen, von denen bisher nur 300 nicht wieder eingestellt worden. 80 % dieser ehemaligen kleinen und größeren Fsg. erhalten eine 100 %ige Wiedergutmachung. Für den Rest sind Ruhegehälter und Pensionen in Höhe von 50 - 100 % vorgesehen. Durch weitgehendes Entgegenkommen der SPD kann damit gerechnet werden, dass sie von der CDU aus realistische Vorschläge für ehemaligen Fsg-Beamten den Genuss einer nahezu 100 %igen Wiedergutmachung verschaffen.

Dagegen erhalten nur 20 % von den Nazi-Verwaltungsangestellten öffentlichen Bediensteten nur 50 % der Wiedergutmachung. Der schlechtere wurde immerhin in den Nazis wegen antifaschistischer Gesinnung oder Beteiligung am Widerstand, Entlassung oder Poststrafen Personen behandelt. Obwohl das im Etat für Wiedergutmachung vorgesehen 3 Mill. Westmark überflüssig viel zu wenig sind, ist im Vergleich zu den viel höheren Einkünften der ehemaligen Nazis die Vermögensgegenstände der Nazis, die im Krieg die 3 Mill. Mark ausstrebten.

Pressedienst
(FD)

3. Juni 1949
Nachrichten - 5 -

FDGB-Delegation auf dem polnischen Gewerkschaftskongress

W a r s c h a u , 3.6. (E.B.)

"Das deutsche Volk will mit Euch in Frieden und Freundschaft leben. Über die Friedensgrenze an Oder und Neisse hinweg reichen wir Euch unsere Bruderhand", erklärte Herbert W a r n k e , Delegierter des FDGB auf dem Kongress der polnischen Gewerkschaften in Warschau. "Je enger das Verhältnis zwischen uns und dem volksdemokratischen Polen sein wird, desto geschlossener wird unser Kampf um die Einheit der deutschen Gewerkschaften, die internationale Einheit der Arbeiterklasse, um Demokratie und Frieden sein."

In Begleitung von Herbert Warnke reiste auch Hermann Schlimme, FDGB-Berlin, als Delegierter nach Warschau. Ihnen voraus fuhr ein Waggon mit Geschenken für den polnischen Gewerkschaftskongress. Vor allem medizinische Instrumente, Einrichtungsgegenstände und Arzneimittel für ein in Bau befindliches Krankenhaus wurden den polnischen Gewerkschaften als Geschenk übermittelt. In den Begleitschreiben zu diesen Geschenken weisen die Belegschaften deutscher Betriebe der Ostzone darauf hin, einen kleinen Teil der Schuld abtragen zu wollen, die dem polnischen Volk von Hitlerdeutschland zugefügt wurde.

Der Tag der Volkspolizei

B e r l i n , 3.6. (E.B.)

Der vierte Jahrestag der Volkspolizei wurde in diesem Jahr in allen Dienststellen und in allen Städten der sowjetisch besetzten Zone festlich begangen.

In Berlin fanden nach der grossen Festversammlung in der Staatsoper in allen Inspektionen Feiern und Veranstaltungen statt, bei denen die Volkspolizei Kindern und alten Rentnern einige frohe Stunden bereitete. Das herzliche Einvernehmen zwischen den Volkspolizisten und ihren Gästen zeigte überall die enge Verbundenheit der Volkspolizei, der Hüterin der demokratischen Ordnung, mit den werktätigen Massen.

Die Angehörigen der Deutschen Verwaltung des Innern versammelten sich am Vorabend des Tages der Volkspolizei im grossen festlich geschmückten Saal des Betriebes Bergmann-Borsig. Nach einleitenden Worten und Darbietungen der Kapelle der Berliner Schutzpolizei sprach der Präsident der Deutschen Verwaltung des Innern, Dr. Kurt F i s c h e über die bisherigen Arbeiten und die zukünftigen Aufgaben der Volkspolizei. Der Redner hob die Tatsache, dass der Tag der Volkspolizei von den Angehörigen der Deutschen Verwaltung des Innern in dem wichtigsten Berliner Grossbetrieb, dem neu erstehenden Bergmann-Borsig-Werk begangen wurde, besonders hervor. Zum ersten Male in der Geschichte Deutschlands ist in der Ostzone Deutschlands und im Ostsektor Berlins eine Polizei entstanden, die kein Unterdrückungsinstrument einer kleinen Clique von Monopolherren und Grossgrundbesitzern, sondern das scharfe Schwert der Werktätigen zur Sicherung des friedlichen Aufbaues gegen alle Angriffe ihrer Feinde ist. Das grosse Werk, aus dem Chaos des Zusammenbruchs eine solch völlig neue Polizei aufzustellen, war nur möglich mit der entscheidenden Unterstützung und Hilfe der sowjetischen Besatzungsbehörden. Die Freundschaft zur Sowjetunion immer tiefer im Herzen aller Volkspolizisten zu

PresseDienst
(PD)

Nachrichten 7. Juni 1949
6

verankern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und durch sorgfältige Ausbildung und Schulung das polizeiliche Fachwissen zu erweitern, sind die Hauptaufgaben, die Präsident Dr. Kurt Fischer der Volkspolizei für das 5. Jahr ihres Bestehens stellte. Die Feier, die von künstlerischen Darbietungen umrahmt war, gab allen Angehörigen der DVdI die Zuversicht, dass die Volkspolizei im 5. Jahr ihres Bestehens durch ernste unermüdete Selbsterziehung zu einer besseren, schlagkräftigeren Hüterin der antifaschistischen demokratischen Ordnung ausgebildet werden wird.

Ähnliche Veranstaltungen wurden zum Tag der Volkspolizei in allen Städten und Orten der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt. So veranstaltete die Landespolizeibehörde Sachsen in Dresden eine Ausstellung, die die Arbeit der Volkspolizei bei der Sicherung des Volkseigentums und des Lebens und des Eigentums der Bürger anschaulich darstellte. Sportveranstaltungen, u.a. ein Handball- und ein Fussballspiel zwischen der Polzeisportgemeinschaft Dresden und der Technischen Hochschule, zeigten das hohe sportliche Können der Volkspolizei. In 12 grösseren Städten wurden Sportfeste, verbunden mit Vorführungen, und in 10 Landkreisen Kinderfeste durchgeführt. An den vorhergehenden Tagen waren in den grösseren Betrieben Versammlungen mit dem Thema "Vier Jahre Volkspolizei" durchgeführt worden, so bei der VEM Transformatoren-Werke Ubigau, Sachsenwerk Niedersedlitz, Mechanik, ehemals Seidel & Naumann, RAW-Universelle und Zeiss-Ikon.

Die Landespolizeibehörde Mecklenburg veranstaltete in Schwerin ein Kinderfest im Schlossgarten und am Nachmittag ein Betriebsfest in Zittendorf mit einem hochwertigen politischen Programm.

So wurde in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone der Tag der Volkspolizei zu einem eindrucksvollen Bekenntnis der allernähesten Verbundenheit zwischen dem werktätigen Volk und seiner Volkspolizei. Dieses Verhältnis immer enger, immer unverbrüchlicher zu gestalten, ist das Ziel, das sich die Volkspolizei für das 5. Jahr ihres Bestehens gestellt hat.

"Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" Nr. 11
(11)

Das Organ des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien "Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" vom 1. Juni bringt einen Bericht über den Parteitag der KP der Tschechoslowakei mit dem grossen Referat des Genossen Gottwald. Genosse Liu Tschau Tschü "Internationalismus und Nationalismus" behandelt Grundprobleme der chinesischen Revolution. Über "Die politischen Grundlagen der volksdemokratischen Ordnung" schreibt Genosse Georgesou aufgrund der Erfahrungen Rumäniens. Genosse Rakosi setzt sich mit der Tito-Clique im Aufsatz "Die jugoslawischen Protzaktisten, der Sturmtrupp des Imperialismus" auseinander. Genosse Otto Protowohl informiert die internationale Öffentlichkeit über die Bewegung der Nationalen Front in Deutschland. Weitere Aufsätze und Berichte behandeln die Wahlen in Ungarn und Bulgarien, die Wankstiege der Arbeiterschaft in Süd-Italien, die demokratische Bewegung in Japan, den Kampf der französischen Kommunisten gegen die anti-demokratischen Unterdrückungsmassnahmen, das Eindringen des amerikanischen Monopolkapitals in Nordafrika. Tolkunow setzt sich mit dem amerikanischen Kriegsschützer Baruch auseinander, der Leitartikel der Zeitung heisst "Kampf für Frieden ist Sache aller Völker".

G. K.

Pressedienst
(PD)

3. Juni 1949

K o m m e n t a r e
=====

Proberfall Gerhart Eisler

B e r l i n (PD)

Die Bedeutung der Befreiung des deutschen Demokraten Gerhart Eisler aus den Klauen der amerikanischen Kerkermeister geht weit über den persönlichen Fall hinaus. Es zeigte sich, dass die amerikanische Reaktion gar nicht so stark ist, wie sie sich machen möchte, sie kann nicht so, wie sie will. Die internationalen Kräfte der wirklichen Demokratie und des Friedens haben sich als die stärkeren erwiesen. An ihrem Widerstand scheiterte die herrschende Reaktion Amerikas. Das ist eine grosse und erreuliche Lehre für die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt. Sie haben der amerikanischen Reaktion eine eklatante Niederlage bereitet. Sie werden daraus die Lehre ziehen, dass die zusammengeballten Kräfte des Fortschritts und des Friedens die Stärkeren sind, wenn sie aktiv eingesetzt werden.

Sie sind in diesem Fall aktiv eingesetzt worden. Die Befreiung Eislers ist das Ergebnis der internationalen Aktion der Friedenskräfte, der Solidarität amerikanischer, polnischer, englischer und deutscher demokratischer Massen. Es war die Schiffsmannschaft eines Dampfers der polnischen Volksdemokratie, die Eisler den Klauen der amerikanischen Polizei entriss. Es war die Protestwelle der englischen Arbeiterschaft, die die englische Justiz veranlasst hat, die amerikanische Auslieferungsforderung abzulehnen. Es war der Alarmruf Hunderttausender deutscher Arbeiter, Künstler und Wissenschaftler, der die Kräfte der Demokratie in der Welt mobilisierte.

Eine zweite grosse Lehre ergibt sich für uns Deutsche selbst: Die Sympathien der fortschrittlichen Welt mit den demokratischen Kräften Deutschlands sind im Wachsen. Für sie war Gerhart Eisler ein Vertreter, ein Symbol dieser deutschen Demokratie. Deshalb und nur deshalb bekundete die fortschrittliche Welt ihre Solidarität mit ihm. Es ist die Solidarität mit dem demokratischen Deutschland, wie sie auf dem Pariser Weltfriedenskongress zum Ausdruck kam und nun im Fall Eisler zur Tat geworden ist. Ist es nicht geradezu wegweisend für die Zukunft der deutschen Demokratie, dass es gerade die Mannschaft eines polnischen Dampfers war, die den deutschen Demokraten Eisler rettete? Ist es nicht von allgrösster Bedeutung für die Einschätzung der deutschen Demokratie durch das englische Volk, dass es trotz der Hetze der Churchills und Bevins die Heimkehr Eislers erzwang und damit ihre Sympathie und Solidarität mit dem demokratischen Deutschland zum Ausdruck gebracht hat?

Eisler zog daraus die für das deutsche Volk entscheidende Schlussfolgerung: "Wenn das deutsche Volk seinen Einheitswillen nachdrücklich bekundet, werden die Massen der andern Völker diesem Willen

PresseDienst
(PD)

3. Juni 1949

Kommentare - 2 -

Rechnung tragen und ihn unterstützen. Das deutsche Volk hat heute eine grosse geschichtliche Chance, denn die fortschrittlichen Massen der ganzen Welt wollen uns helfen. Wenn morgen alle Parteien in ganz Deutschland erklären, dass sie einen Friedensvertrag und ein einiges Deutschland wollen, so könnte keine Reaktion die Verwirklichung dieses Verlangens verhindern."

Das ist tatsächlich die grosse Lehre, die vom deutschen Volk aus dem Fall Bisler gezogen werden muss.

(G.Kr.)

Gestapospitzel und volksverräter im SPD-Vorstand

B e r l i n (PD)

Das Gericht hat entschieden. Die zweite Strafkammer des Landgerichts Hannover hat den stellvertretenden Vorsitzenden der KPD, Kurt Müller, von der Anklage freigesprochen, das Mitglied des Parteivorstandes der SPD und Sprecher der SPD-Fraktion im Zweizonenwirtschaftsrat, Herbert Kriedemann, beleidigt zu haben.

Das Gericht hat entschieden, dass die Behauptung Kurt Müllers, Kriedemann habe in der Nazizeit als Gestapospitzel gearbeitet und zahlreiche Funktionäre der SPD verraten, zu Recht besteht. Die vorgelegten Gestapoakten sind unanfechtbar. Kriedemann selbst hat eingestanden, für die Gestapo gearbeitet zu haben und Parteifunktionäre an die Gestapo verraten zu haben. In drei Fällen sind Widerstandskämpfer wenige Tage, nachdem Kriedemann ihre Namen der Gestapo genannt hatte, verhaftet worden.

Aber Kriedemann hat im Verlaufe des Prozesses auch gesagt, dass er nach eingehender Beratung mit seinen Amsterdamer Freunden die Verbindung mit der Gestapo eingegangen sei. Dieser Mann, dessen politischen Charakter das Gericht als undurchsichtig bezeichnete, wurde 1943 verhaftet und wegen Verbindungen zu ausländischen Mächten vom Nazi-Volksgesicht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Dieses milde Urteil in einer Zeit, als die Nazis in einem wahren Blutrausch jeden zum Tode verdamnten, der ihnen verdächtig oder irgendwie gefährlich erschien, erklärt Kriedemann damit, dass er "manches" (!) ausgesagt habe. Uns erscheint dieser Charakter vollkommen klar und eindeutig. Er gehört zu jener Sorte von Lumpen, die ohne Gesinnung und Ehrgefühl sich an jeden verkaufen, der sie bezahlt, heute an die Unterdrücker des eigenen Volkes und morgen an eine ausländische Macht.

Der "Ehrenausschuss" der SPD hat Kriedemann entlastet. Die Amsterdamer Freunde, die ihn zur Gestapo geschickt haben, halten ihn auch heute noch für einen der ihren. Eine Vereinigung, wie sie die SPD-Führung in Hannover darstellt, die im Auftrage ausländischer Mächte und gegen die Interessen des deutschen Volkes arbeitet, kann einen solchen Fachmann nicht entbehren. Ihr Ostbüro braucht diese Spitzel und Agenten mit langjährigen Erfahrungen in Verrat und Denunziation. Denn Kriedemann ist keine zufällige Erscheinung.

Pressedienst
(PD)

3. Juni 1949
Kommentare - 3 -

Kriedemann ist der typische Repräsentant der rechten SPD-Führung. Schon steht ein neuer Prozess vor der Tür. Der sozialdemokratische Chefredakteur der "Norddeutschen Zeitung" in Hannover, Walter Spengemann, der Kriedemann entlasten sollte, schrieb 1937 an den Volksgerichtshof einen Brief, in dem er hervorhob, wie oft er Antifaschisten der Gestapo angezeigt habe. Das gleiche "Ehrengericht" der SPD hat auch Herrn Spengemann entlastet. Den Vorsitz dieses Gerichts hatte Herr Kriedemann inne.

So zeigt sich das wahre Gesicht dieser Clique in Hannover mit den Agenten ausländischer Geheimdienste, wie Ollenhauer, Heine und von Knörringen an der Spitze, von denen einer immer noch mehr Verbrechen auf dem Gewissen hat als der andere und einer die Verbrechen des anderen zu decken versucht. Antinationale Subjekte, gekaufte Spione und Saboteure sind es, die täglich ihr Vaterland verraten. Sie werden von der Kraft der Nationalen Front wie Kehrriech in einen Winkel gefegt. Denn der Wille zur Einheit Deutschlands und zum Frieden ist eine wichtige Kraft, die nicht aufzuhalten ist.

(W.K.)

Ungesetzliche Einmischung in Berliner S-Bahn-Betrieb

B e r l i n (PD)

Der stellvertretende oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, General Dratwin, erhebt in einem Brief an den Stellvertreter des britischen Militärgouverneurs in Deutschland - Briefe ähnlichen Inhaltes sind an den Stellvertreter der amerikanischen und französischen Oberbefehlshaber gerichtet - schwere Vorwürfe, von denen die Berliner Bevölkerung feststellen muss, dass sie samt und sonders den Tatsachen entsprechen. General Dratwin trifft die schwerwiegende Feststellung, dass sich die westlichen Kommandanturen in ungesetzlicher Weise in den S-Bahnbetrieb eingemischt und Anordnungen erlassen haben, mit denen sich der sowjetische Kommandant nicht einverstanden erklären kann. Die Anordnung des britischen Generals Bourne, die Funktion der Eisenbahn-Polizei ab 24. Mai durch die Stumm-Polizei ausüben zu lassen, widerspricht der vom Kontrollrat festgelegten Regelung für den Schutz der Eisenbahn. In dem Brief werden Fälle aufgezählt, in denen nachweislich britische Militärpersonen an den Unruhen auf der S-Bahn teilgenommen und sich in die Angelegenheit der deutschen Eisenbahnpolizei eingemischt haben.

Die Anschuldigungen, die General Dratwin gegen die westlichen Besatzungsbehörden erhebt, sind nur zu berechtigt. Das Schwerwiegendste an diesen Feststellungen ist, dass die ungesetzliche Einmischung zugunsten von Unruhestiftern, Saboteuren und Schlägerkolonnen und der sie schützenden Stumm-Polizei geschah, die z.T. aktiv an den Terror- und Gealtakten beteiligt war.

Pressedienst
(FD)

3. Juni 1949

Kommentare - 4 -

Natürlich wären die Vorgänge auf der S-Bahn nicht möglich gewesen, der riesige Sachschaden, der in die Millionen geht - allein 31 Stellwerke sind bisher unbrauchbar gemacht worden - wäre nicht entstanden, wenn sich die westlichen Militärbehörden auf die Seite der aufbau- und arbeitswilligen, der friedliebenden Kräfte gestellt hätten. Die Haltung, die die westlichen Besatzungsbehörden angesichts des UGO-Putsches an den Tag gelegt haben, sind mit den Pflichten von Besatzungsmächten nicht zu vereinbaren. Alle, die an Ruhe und Ordnung, am wirtschaftlichen Aufbau und der demokratischen Entwicklung in Berlin interessiert sind - und das ist die Berliner Bevölkerung schlechthin -, sehen seit Tagen mit Sorge und Furcht, dass die westlichen Besatzungsbehörden durch ihre Haltung geradezu dazu aufmuntern, ^{das} kommunales Eigentum zerstört wird und Schlägerbanden und Saboteurtruppen ungestört ihr Handwerk betreiben.

Auch der sowjetische Kommandant von Berlin, General Kotikow, weist die westlichen Kommandanten auf die provokatorische Handlung der Stamm-Polizei hin. Er protestiert dagegen, dass die westkommandanten keine energischen Schritte unternommen haben, um die Zerstörung des Volkseigentums und die Misshandlung von Arbeitern, die ihrer Pflicht nachkommen, zu verhindern. Entgegen ihren Versicherungen unternehmen die Militärvertreter der westlichen Behörden nichts, um die Wiederaufnahme des S-Bahnverkehrs zu ermöglichen.

Die von der UGO durchgeführte Urabstimmung ist ebensowenig eine Wahl, wie der Putsch auf der S-Bahn ein Streik genannt werden kann. Von einer geheimen und demokratischen Wahl kann bei der Abstimmung der UGO über die Weiterführung des S-Bahnputsches keine Rede sein. Wieder traten Schlägerkolonnen in Tätigkeit, die eingeschüchterten und terrorisierten Eisenbahner wurden z.T. aus der Wohnung geholt und gezwungen, ihre Stimmen für die Fortsetzung des "Streikes" zu geben, den sie gar nicht wollten. Diese Urabstimmung ist das Gegenteil einer nach demokratischen Spielregeln durchgeführten geheimen und freien Wahl. Diese Terrorwahl steht in der Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung so einmalig da, wie dieser von der UGO "Streik" genannte Putsch.

Mit der Bereitschaft der Reichsbahndirektion, 60 % der Löhne und Gehälter in Westmark auszuzahlen, entfällt jeder Vorwand zur Fortsetzung des sogenannten "Streiks". Die Grenzgängerei und der Umtausch des Geldes nach vier Klassen sind nicht von der Reichsbahndirektion oder von dem FDGB erfunden worden. Die Reichsbahndirektion erklärt sich bereit, nach den Bestimmungen, die der Spaltermagistrat selbst getroffen hat, die Auszahlung der Löhne in Westgeld vorzunehmen.

Die provokatorische Forderung der UGO, die Reichsbahndirektion solle für Grenzgänger 100 %ig Lohn und Gehalt in Westmark auszahlen, dient nur als Vorwand, unter allen Umständen die Sabotage fortzusetzen. Diese Forderung unterstreicht ihre verbrecherische Absicht, die vom ersten Tage durch die Verübung von Terror- und Sabotageakten deutlich in Erscheinung trat. Ohne die UGO und die Terror- und Sabotagebanden, deren Treiben leider durch die Haltung der westlichen Besatzungsbehörden ermöglicht wurde, wäre der S-Bahnputsch längst zu Ende. Wenn die westlichen Besatzungsbehörden ihre Pflicht tun, dann kann die S-Bahn schon morgen wieder fahren.

(L.M.)

- 5 -

Pressedienst
(PD)

3. Juni 1949
Kommentare - 5 -

Soll Berlin-Konflikt verewigt werden?

B e r l i n (PD)

Die Delegation^{en} der drei Westmächte auf der Pariser Aussenministerkonferenz haben es abgelehnt, die Meinung des deutschen Volkes zu hören. Sie haben die Bitte des deutschen Volkskongresses abgeschlagen, die einzige, durch freie Wahl legitimierte Friedensdelegation zu empfangen. Sie wollen die Meinung der demokratischen Öffentlichkeit Deutschlands nicht einmal anhören. Sie wollen auch in Zukunft nur mit anderen Deutschen zu tun haben, nämlich mit solchen reaktionären Politikern wie Adenauer, Schumacher, dem Kriegsverbrecher Schacht und ihresgleichen. Denn diese sind mit der Anerkennung des unbefristeten Besatzungsstatuts einverstanden. Das bedeutet Verewigung der Spaltung Deutschlands, Verzicht auf den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland, Besatzungsregime für unser Land auf 20, 50 oder 60 Jahre. Dies widerspricht natürlich den Interessen und Wünschen der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. Eben deshalb sind die Forderungen der Nationalen Front nach Einheit und gerechtem Frieden und baldigem Abzug aller Besatzungstruppen in allen Zonen auf begeisterte Zustimmung gestossen. Diese Nationale Front gilt es jetzt mit allen Kräften zu erweitern und zu verstärken.

Die Vertreter der Westmächte - das zeigen die Verhandlungen in Paris - glauben einem Friedensvertrag für Deutschland aus dem Wege gehen zu können. Ein zerstückeltes und ohnmächtiges Deutschland entspricht nach ihrer Meinung besser den von ihnen vertretenen grosskapitalistischen Profitinteressen. Daher gehen die Konzernherren aus den westalliierten Ländern auch gerade in diesen Tagen an die Demontage einer grossen Zahl westdeutscher Betriebe der Friedensproduktion, deren Konkurrenz sie fürchten. An die Stelle eines Friedensvertrages, der ein unabhängiges und souveränes Deutschland schaffen müsste, wollen die Westmächte das Besatzungsdiktat und die separate Marionettenregierung setzen.

Die Verhandlungen über die Berliner Frage auf der Aussenministerkonferenz bieten eine weitere Ergänzung zur volksfeindlichen Politik der Westmächte. Sie betrachten Berlin in keinem Falle als die Hauptstadt Deutschlands. Sie scheinen vielmehr Berlin als einen eroberten Landfetzen zu betrachten, den man womöglich zu einem militärischen Stützpunkt gegen die deutsche Demokratie und gegen die osteuropäischen Demokratien ausbauen könnte. Der französische Aussenminister Schuman formulierte: "Berlin ist eine Enklave". Unter Enklave versteht man einen von fremden Staatsgebiet - d.h. in diesem Falle der Ostzone - umschlossenen Teil eines Staates. Der amerikanische Aussenminister Acheson meinte: "Wir stehen in Berlin ... kraft unserer Macht". Und ein britischer Kommentator fügte noch deutlicher

Pressedienst

3. Juni 1949

(PD)

Kommentare - 6 -

hinzu, dass die Westmächte in Berlin "aufgrund des Rechtes des Eroberers" ständen. Es gibt allerdings ein internationales Abkommen über die Anwesenheit der Westmächte in Berlin. Aber dieses Abkommen - darauf wies Wyschinskij mit Nachdruck hin - verpflichtet die Besatzungsbehörden, bestimmte Funktionen in der Verwaltung Berlins zu erfüllen, wobei das internationale Abkommen eine Viermächtegrundlage dieser Verwaltung vorsieht.

Die Viermächteverwaltung Berlins wurde bekanntlich von den Westmächten gesprengt, sie spalteten die Hauptstadt Deutschlands. Sie behandelten das internationale Abkommen als ein Stück Papier, das man mit einer Handbewegung beiseite schieben kann. Als Ausweg aus der unhaltbaren Situation Berlins schlug Wyschinskij die Wiederherstellung der Viermächteverwaltung in Berlin auf der Grundlage der Einstimmigkeit der Beschlüsse vor. "Nur auf der Grundlage einer derartigen Viermächte-Zusammenarbeit - so sagte Wyschinskij - kann man Unordnung und Chaos in der Verwaltung der in vier Besatzungssektoren geteilten Stadt vermeiden."

W.E.

Pressedienst
(FD)

3. Juni 1949

Artikeldienst

Ein Parteitag von historischer Bedeutung

(von Robert Korb)

Vom 25. bis 29. Mai tagte in Prag, drei Jahre nach dem VIII. Parteitag, dem ersten Parteitag nach der Vertreibung der Naziokkupanten der IX. Kongress der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Auf dem Parteitag waren 2 068 Delegierte und über 1 500 Gäste anwesend. Unter den Gästen waren die Vertreter von 31 Bruderparteien, darunter die Genossen Malenkow, Suslow und Judin als Delegation der KPdSU, Palmiro Togliatti, Andre Marty, der Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas, Wilhelm Pieck u.a. Der ganze Verlauf des Parteitages bestätigte die überragende Bedeutung der KPC, die heute die führende Regierungspartei des Landes darstellt und die führende Rolle der Arbeiterklasse in der neuen tschechoslowakischen Volksdemokratie repräsentiert.

Eine mächtige Bewegung der werktätigen im Lande zur Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbes, die in den Wettbewerben zwischen einzelnen Stossbrigaden, in Wettbewerbsverträgen zwischen Betriebsbelegschaften und Verwaltungen und zwischen den Belegschaften der Betriebe selbst zum Ausdruck kamen, bildete lange vorher den Auftakt zu den Beratungen des Kongresses. Unzählige Fahnen, Transparente, Losungen und begeisterte Kundgebungen in allen Städten, Dörfern und Betrieben des Landes demonstrierten die enge Verbundenheit und das Vertrauen des ganzen Volkes zu seiner führenden Partei und veranschaulichten, dass der Parteitag der KPC zur Sache des ganzen Volkes wurde. Der unbeschreibliche Enthusiasmus des ganzen Volkes während der Verhandlungen des Kongresses erklärt sich aus dem Bewusstsein, dass besonders nach den siegreichen Februartagen des Jahres 1948 die Arbeiterklasse und mit ihr das werktätige Volk der Tschechoslowakei zu unbestrittenen Herren ihres Schicksals und ihres Landes wurden. In allen Kundgebungen des Kongresses, vor allem aber in der grossen Rede des geliebten Führers der Partei und des ganzen Volkes, des Präsidenten Clement Gottwald, äusserte sich das gewaltige Kraftbewusstsein der Partei und der neuen Volksdemokratie, das sich in dem einen Satz zusammenfassen lässt: "Für die tschechoslowakische Volksdemokratie gibt es keinen Weg mehr zurück zum Kapitalismus, es geht vorwärts zum Sozialismus".

Mit berechtigtem Stolz konnten Clement Gottwald, die übrigen Referenten und Delegierten des Parteitages, die Beauftragten des ganzen Volkes reststellen, dass der Generalauftrag des VIII. Parteitages gegen alle Verschwörungen der Reaktion siegreich erfüllt wurde. Die neue Macht der werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse wurde gefestigt, die demokratischen Errungenschaften, die Nationalisierung der Industrie und des Geldwesens, die Bodenreform, die Lösung

PresseDienst
(PD)

3. Juni 1949

Arbeitsdienst - 2 -

der nationalen Frage, die Schulreform, vor allem aber der grundlegende Umbau des Staatsapparates wurden gesichert und erweitert und in der neuen Verfassung verankert. Damit wurde der Weg zum Sozialismus beschritten und vertieft. Gegen die Linie der bankrotten und geschlagenen Reaktion, die nun den Weg des Krieges und der Restauration des Kapitalismus verkündet, erklärte der neue Parteitag unzweideutig, dass die Arbeiterklasse und das ganze Volk eine Wiederholung des Jahres 1920 oder gar des Verrates von München nicht mehr zulässt, dass es keine Rückkehr zu den alten kapitalistischen Machtverhältnissen gibt, dass im Gegenteil die Macht der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes gefestigt und erweitert wird. Es gibt keine Tusars (Rechtssozialisten) mehr in der offiziellen Politik, die die Arbeiterklasse aufs Neue spalten könnten, es gibt keine Zenzl und Schrameks (bürgerliche Quislinge) mehr, die die erneuerte nationale Front sprengen könnten und es gibt auch keine Tisos und Sidors (slowakische Verräter) mehr, die das brüderliche Bündnis der Tschechen und Slowaken zerstören könnten. Die Einheit der Arbeiterklasse und das brüderliche Bündnis des tschechischen und slowakischen Volkes sind die sichersten inneren Garanten der tschechoslowakischen Volksdemokratie.

Mit berechtigtem Stolz konnten die Führer der Partei und des Volkes, Clement Gottwald und seine Mitarbeiter, verkünden, dass auch die wirtschaftlich-politische Grundlage der tschechoslowakischen Volksdemokratie gefestigt und erweitert wurde. Während in der Zeit des VIII. Parteitages mit den Banken und Versicherungsanstalten 62 % der gesamten Produktion nationalisiert waren, sind heute 95 % der Produktion nationalisiert. Darunter das Geldwesen, der Aussenhandel und der Innengrosshandel vollständig, während ein beträchtlicher Teil der Einzeldistribution über den Genossenschaftshandel und über den öffentlichen Sektor geht. Die Gesamtproduktion hat sich gegenüber dem Jahr 1947 um 47 % erhöht und das Vorkriegsniveau wurde um 10 % überschritten.

222 000 Arbeiter aus 584 Betrieben stehen im Wettbewerb und bilden mit 65 000 Stossbrigadern 12 000 Stossbrigaden zusammengefasst, die Vorhut zur Erfüllung des sozialistischen Wettbewerbes, der das Ziel verfolgt, in kürzester Zeit die allgemeine Arbeitsproduktivität um 10 % zu heben. 115 Traktorenstationen mit 4 000 Traktoren und 1 900 Strosswagen mit 117 000 ha Bodenanteil, bilden die Stützpunkte der Belohnung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Festigung der Bündnisse zwischen den Arbeitern und Bauern.

Die grosse Macht der Arbeiterklasse und der Werktätigen der Tschechoslowakei kam nicht nur im Arbeiten der Delegierten der Parteiorganisationen, der Vertreter der Massenorganisationen, der Armee und des Sicherheitsdienstes, sondern auch in den auf dem Kongress bekanntgegebenen Zahlen zum Ausdruck. So zählt heute die regierende Regierungspartei, die Kommunistische Partei, 2 311 050 Mitglieder und sie hat damit in der Weltgeschichte von 107 000 Mitgliedern nach zwei Überprüfungen im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Landes die grösste kommunistische Massenpartei, die existiert. Dieses grosse organisatorische Kraftmass, wie Genosse Slansky in seinem Referat feststellte, den Sieg in den kommenden Jahren erleichtert. Die Stärke der Arbeiterklasse kommt auch in den Mitgliederziffern der

Pressedienst
(FD)

3. Juni 1949

Arbeitsdienst - 3 -

einheitlichen Gewerkschaften zum Ausdruck. Von der Gesamtzahl von 3 400 000 Arbeitern sind 2 870 000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, das sind 97 % der gesamten Arbeiterschaft. Die Konsumgenossenschaften mit 1 396 000 Mitgliedern versorgen 51 % aller Haushalte der Tschechoslowakei. Die Zahl der Konsum-Verkaufsetellen ist in den historischen Ländern von 8 500 auf 10 400 gestiegen. Die Konsumgenossenschaften in der Slowakei zählen 314 000 Mitglieder. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben in den historischen Ländern 1 065 000 Mitglieder, in der Slowakei 30 000, die Kreditgenossenschaften 750 000 Mitglieder, und in der Slowakei 200 000 Mitglieder. Die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Genossenschaften weisen je 125 000, 180 000 und 100 000 Mitglieder auf. Zusammen genommen vereinigen die Genossenschaften rund 2 Millionen Mitglieder, wobei natürlich die zwei- bis dreifache Mitgliedschaft gleicher Personen berücksichtigt werden muss.

Zu den wichtigsten Massenorganisationen gehören weiter die Einheitsverbände der tschechischen und slowakischen Landwirte mit 1 033 000 Mitgliedern, der Jugendverband mit 600 000 Mitgliedern und der Verband der sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschaft mit 482 000 Mitgliedern. Die einheitliche Sportbewegung, der Sokol, hat 200 000 neue Mitglieder gewonnen und der "Verband der Kämpfer für Freiheit" zählt 160 000 Mitglieder. Die Kommunistische Partei, die grossen Massenorganisationen und das breite Netz der National-Ausschüsse in den Orten, Bezirken und Kreisen sind mit der neuen Volksarmee und dem nationalen Sicherheitsdienst die Kräfte, die heute die Macht der volksdemokratischen in der Tschechoslowakei stützen, die demokratischen Errungenschaften des Volkes nach innen und aussen sichern und den Weg zum Sozialismus beschritten haben.

In seiner grossen Rede zum Parteitag fasste Clement Gotwald die wichtigsten Aufgaben auf dem Wege zum Sozialismus in 9 Punkten zusammen. Das sind, so erklärte er, die quantitative und qualitative Erfüllung des 5-Jahrplanes, die Erweiterung und Verbilligung der Erzeugung, die Festigung und Erweiterung des sozialistischen Sektors der nationalen Wirtschaft, die Einschränkung und Verdrängung der kapitalistischen Elemente, die Gewinnung der Klein- und Mittelbauern für den Sozialismus und die Ausschaltung der Unreichen, die Festigung und Verbesserung des volksdemokratischen Staatsapparates, die Festigung der erneuerten nationalen Front, die Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit und die Behandlung des Friedens und schliesslich die Erhaltung der Einheit und Stabilität der kommunistischen Partei.

Der Generalsekretär der Partei, Otokar Simunek sprach über die Aufbauarbeit und die Stärkung der Führerschaft der Partei und betonte vor allem, dass jeder Kommunist in der Arbeit zum Stossbrigadler werden müsse. Er sprach weiter über die Generallinie der Partei auf dem ilachen Lande, über die Verantwortung der Organisatorischen Arbeit und Erhöhung der Wachsamkeit der Parteimitgliedschaft.

Der Ministerpräsident des Landes, Klement Janstochy wandte sich in seinem Referat über die Verwirklichung des 5-Jahrplanes gegen Tendenzen einer Lohngleichmacherei, forderte die Hebung des Verantwortungsgedehls bei der Leitung der Wirtschaft und Verwaltung und eine noch festere Orientierung auf den planmässigen Aufbau und die planmässige Lenkung der Produktion.

Pressedienst
(PD)

3. Juni 1949
Artikeldienst 4

Genosse Siroky zeigte in seinen Ausführungen über die Industrialisierung der Slowakei auf, dass die erfolgreiche Liquidierung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Slowakei und die Lösung der nationalen Frage die wichtigsten Voraussetzungen zur Festigung des Bündnisses zwischen Tschechen und Slowaken und zur Erhöhung der nationalen Sicherheit bilden.

Genosse Kopecky behandelte in seinem Referat eingehend die Aufgabe der marxistisch-leninistischen Erziehung der Parteimitglieder und hob die Bedeutung des Kampfes gegen den bürgerlichen Nationalismus in der Tschechoslowakei hervor. An dem Beispiel des Verrates der trotzkistischen Clique Titos zeigte er auf, wohin die nationalistische Überheblichkeit führt. Er forderte die Erziehung des ganzen Volkes im Geis des Sozialismus, die Pflege des neuen sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus, die einander ergänzen und verwies auf die wichtige Rolle der Schule, der Kunst, Literatur und Wissenschaft im Dienste der Volksdemokratie.

Die Organisationssekretärin der Partei, Maria Schvermova, behandelte in ihren Ausführungen über das Organisationsstatut die Organisationsprinzipien und die organisatorischen Aufgaben der Partei und unterstrich die Notwendigkeit der breiten Anwendung der Methoden der innerparteilichen Demokratie, der Kritik und Selbstkritik und wandte sich scharf gegen Fälle der Überheblichkeit und des Kommandierens, die die Methoden der Erziehung und Überzeugung der Parteimitgliedschaft und Bevölkerung verletzen.

In allen Referaten wurde immer wieder hervorgehoben, dass es notwendig ist, immer wieder aus den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin und besonders aus den gewaltigen Erfahrungen der führenden Bruderpartei, der bolschewistischen Partei der SU zu schöpfen. Die Referate, die vom Kongress als Direktiven für die gesamte Parteimitgliedschaft einmütig gebilligt wurden, die Diskussionsreden der Regierungsmitglieder und der Delegierten, Begrüßungsreden der Vertreter der Betriebe, der Massenorganisationen und des staatlichen Sicherheitsdienstes bestätigten überzeugend die innere Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Diese Geschlossenheit fand ihren besten Ausdruck in der einmütigen Wahl des Präsidenten Clement Gottwald zum Vorsitzenden der Partei, des Genossen Sliansky zum Generalsekretär und der 120 übrigen Mitglieder des Zentralkomitees, darunter der treuen Gefährten des Genossen Gottwald, der Genossen Zapotocky, Siroky, Nosek, Dolansky, Kopecky, Maria Schvermova, Frank u. a.

Vom Parteitag und von der ganzen tschechoslowakischen Bevölkerung wurde mit Recht als besonders Höhepunkt des Parteitages das Auftreten der Delegation der KPdSU mit Malenkov an der Spitze gefeiert. Die begeisterten Ovationen zu Ehren des Komrades Stalin und des Parteivorsitzenden Gottwald wollten kein Ende nehmen. Zweifellos bildeten die Verlesung der Botschaft des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei durch Malenkov und seine Ansprache am Schluss des Kongresses

Pressedienst
(FD)

3. Juni 1949
Artikeldienst -- 5

über die unverbrüchliche Freundschaft der Sowjetvölker mit den Völkern der Tschechoslowakei das markanteste Ereignis auf dem Kongress. Die tschechoslowakische Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung sahen nach den bitteren Erfahrungen der Münchener Kapitulation und der Hitler-Okkupation in den Erklärungen Malenkows die wichtigste Garantie für die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei und die unge störte Entwicklung der tschechoslowakischen Volksdemokratie zum Sozialismus. Sie sahen im Auftreten der polnischen und bulgarischen Delegation, der Vertreter der ungarischen und rumänischen Volksdemokratie die zweite Garantie gegen alle Versuche der Imperialisten und ihrer Helfershelfer die Volksdemokratien mit Hilfe böser Nachbarn anzugreifen und zu bekämpfen. Das Bündnis mit der Sowjetunion und mit den Volksdemokratien verurteilt eine Wiederholung der Münchener Politik von vornherein zum Scheitern. Die Arbeiterklasse und das werktätige Volk der Tschechoslowakei feierten stürmisch das Auftreten der Vorkämpfer des proletarischen Internationalismus, des Führers der KP Italiens, Togliatti, des Vertreters der KP Frankreichs, Marty, des Vertreters der siegreichen KP Chinas, des Auftretens Wilhelm Piecks und der übrigen Vertreter der Bruderparteien auf dem Kongress als einen symbolischen Ausdruck der Überlegenheit der Friedensfront über die Feinde des Friedens, der Volksdemokratie und des Sozialismus. Die gewaltige Kundgebung der hunderttausenden Demonstranten auf dem historischen Altstädter Ring zu Ehren des Kongresses stand ebenfalls vollständig im Zeichen der internationalen Verbrüderung der Werktätigen.

Man kann schwer den Eindruck beschreiben, den vor allem die deutsche Delegation über das glühende Bekenntnis der tschechoslowakischen Werktätigen zum proletarischen Internationalismus empfand. Waren schon der Empfang der deutschen Delegation durch Vertreter der Partei an der Grenze, die Grüße und Empfangsleistungen in den Orten auf der Fahrt nach Prag eine Überraschung, so wirkten die Ovationen des Kongresses während der Rede Wilhelm Piecks, der den Kongress im Namen der deutschen Delegation begrüßte, wie eine Offenbarung. Aber diese Solidaritätskundgebungen setzten sich weiter fort. So im Proteststurm bei der Nachricht von der Verhaftung des Führers der KPD Max Reimann und in den Freudenkundgebungen des Kongresses bei der Nachricht von der Freilassung Gerhart Eislers in England. Sie waren besonders eindrucksvoll, als der Informationsminister Genosse Kopecky in seiner Rede über die Notwendigkeit einer tatkräftigen Unterstützung der deutschen demokratischen Kräfte und insbesondere des Kampfes der SED und KPD für die nationale Einheit und den Frieden sprach.

So wurde der IX. Kongress der KPD zu einer gewaltigen Demonstration der überlegenden Stärke der internationalen Friedensfront. Zu einem wichtigen Bekenntnis für den proletarischen Internationalismus. Er brachte den Nachweis, dass heute die siegreichste tschechoslowakische Volksdemokratie an der festesten und wichtigsten Pfeiler der fortschrittlichen Front in Europa darstellt. Er zeigte gleichzeitig auf, dass heute die deutschen demokratischen Kräfte in ihrem Kampf um die nationale Einheit und den Frieden die tschechoslowakische Volksdemokratie und ihre führende Partei als mächtige und treue Bundesgenossen und Helfer auf ihrer Seite haben.

Pressedienst
(PD)

Artikeldienst

3. Juni 1949

- 6 -

Diese Erkenntnis verpflichtet; sie bedeutet eine Mahnung an uns, alles zu tun, damit die Hoffnungen der tschechoslowakischen Volksdemokratie und aller fortschrittlichen Menschen auf die deutschen demokratischen Kräfte nicht enttäuscht werden. Das werktätige deutsche Volk muss auf die Kundgebungen des IX. Kongresses der KPC mit dem Gelöbnis antworten, dafür zu sorgen, dass niemals mehr Kräfte des deutschen Volkes von Imperialisten gegen das tschechoslowakische Volk gegen Fortschritt und Frieden missbraucht werden können. Darin liegt auch die beste Gewähr, dass auch das deutsche Volk in seinem eigenen Kampf um die nationale Einheit und um einen gerechten Friedensvertrag letzten Endes triumphieren wird.

- 7 -

Pressedienst

(PD)

30. Juni 1949

Artikeldienst - 7 -

Fünf Brüder

Als die Delegation des FDGB in einem Moskauer Betrieb eine junge Sowjetbürgerin fragte, ob auch sie Verwandte im Kampf gegen den Faschismus verloren habe, erhielt sie die zwei Worte zur Antwort: "Fünf Brüder!" Zwei Worte, die das Grauen des faschistischen Krieges dokumentieren, schlicht und ohne einen vom Hass gezeichneten Unterton gesagt. Das ist es, was uns das Vergangene wieder in Erinnerung ruft und uns an unsere Pflichten ermahnt. Fünf Brüder getötet von den Mordwaffen eines Krupp und den anderen deutschen Grossindustriellen, die Millionen am Kriege verdienten und wieder mit dem anglo-amerikanischen Monopolkapital gemeinsam verdienen möchten. Für Millionen Profite mussten Millionen Menschen sterben. Fünf Brüder ermordet, weil sie sich gegen die Unterwerfung unter das deutsche Monopolkapital wehrten. Um fünf Brüder weante hier eine Mutter, wie Millionen Mütter der Erde. Wo werden die Überreste dieser Fünf zu finden sein? Vielleicht in den Wäldern und Steppen Russlands oder unter den Trümmern einstmals blühender Städte und Dörfer oder in den Massengräbern der unzähligen in deutschen Konzentrationslagern ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen.

7 Millionen Sowjetmenschen tötete der Hitlerkrieg. 1 710 Städte, 70 000 Dörfer und 52 000 Industriewerke zerstörte der zwölf Jahre von deutschen Volke gedulbete Hitlerfaschismus im Auftrage deutscher Monopolisten. Bestien in Menschengestalt, wie der Henker von Sachsenhausen Sakowski, gaben zu, allein vom September bis Dezember 1941 25 000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet zu haben. Wortlich erklärte er: "Ich persönlich beteiligte mich an der Erschiessung von über 25 000 russischen Kriegsgefangenen." Die Inspektion der KZ-Lager erhielt, wie ich erfahren habe, für diese "Arbeit" vom OKW 25 000 000 Mark ausgezahlt.

Der Lager-Blockführer Knüttler sagte: "Das Verhörungsmassau war eine zusätzliche Vernichtungsmethode in Sachsenhausen." Auf die Frage, warum diese Massaker einmündet wurden, gab dieser Vermittler zur Antwort: "Weil sie Russen waren." "Bei meiner unmittelbaren Beteiligung sind 1 000 Kriegsgefangene erschossen worden. Mit eigener Hand erschoss ich 50 Russen."

Der deutsche Faschist Fickert sagte: "Ich nahm persönlich an der Erschiessung von über 2 000 Russen teil."

Pressedienst

(PD)

3. Juni 1949

Artikeldienst - 8 -

Und doch sind die Eingeständnisse dieser Raubtiere von Sachsenhausen nur ein Bruchteil des Furchtbaren, was unter Benutzung des deutschen Namens den Sowjetmenschen angetan wurde. Ist es angesichts dieses Grauenhaften, nicht etwas Grosses, dass dieses einst vom deutschen Faschismus so gemarterte Sowjetvolk keinen Hass hegt gegen das deutsche Volk, das alles still duldet und zum Teil heute noch die Schandtaten vertuschen will? Müssen nicht gerade wir uns in Erfurcht vor dieser grossen Menschlichkeit erheben?

Schon einen Tag nach der Kapitulation der faschistischen Armee sagte Stalin:

"Die Sowjetunion feiert den Sieg, obwohl sie nicht beabsichtigt, Deutschland zu zerstückeln oder zu zerstören."

Dann ein Jahr später auf der Sitzung des Rates der Aussenminister in Paris der sowjetische Aussenminister Molotow:

"Die Zeit ist gekommen, wo wir die Frage des Schicksals Deutschlands und des Friedensvertrages mit ihm beraten müssen. Die Sowjetregierung war immer der Auffassung, dass das Gefühl der Rache in solchen Dingen ein schlechter Ratgeber ist. Es ist unrichtig, Hitlerdeutschland mit dem deutschen Volk gleichzustellen, obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für den deutschen Angriff und seine schwersten Folgen nicht von sich wälzen kann."

Jetzt, da sich der Tag des Überfalls der faschistischen Armee auf die Sowjetunion zum achten Male jährt und schon wieder in Deutschland sowjetfeindliche Kräfte zum Krieg gegen die UdSSR hetzen, handelt der Aussenminister Wyschinski im Namen des Sowjetvolkes auf der Aussenministerkonferenz in Paris für das deutsche Volk, indem er unmissverständlich die Herstellung der Einheit Deutschlands und einen gerechten demokratischen Friedensvertrag als Lebensgrundlage für das deutsche Volk fordert.

Machen wir also die Nationale Front zur Herstellung der Einheit Deutschlands und der Schaffung eines gerechten Friedensvertrags zur Sache jedes Deutschen. Beweisen wir der Welt, dass die Spaltung unserer Heimat nur das Ziel einer kleinen Clique profitgieriger Monopolisten und kriegslüsterner Militaristen ist. Auf diesem Wege wird das Gewicht der Worte Wyschinskijs millionenfach verstärkt und damit unsere Heimat vor der Zerstückelung gerettet. *

Rudolf Müller

Pressedienst
(FD)

3. Juni 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Bulgariens Weg

(FD)

Die Wahlen zu den lokalen Organen der Staatsmacht fanden aufgrund der Verfassung der Volksdemokratischen Republik statt, die vom Parlament am 4. Dezember 1947 angenommen wurde.

Die Regierung der Vaterländischen Front setzte die Gesetze der monarcho-faschistischen Regierung außer Kraft und bestätigte am 12. Juni 1945 ein neues Wahlgesetz. Dieses Wahlgesetz gab allen Bürgern der Republik beiderlei Geschlechts nach Erreichung des 19. Lebensjahres das Wahlrecht. Jeder Bürger konnte mit 23 Jahren gewählt werden. Aufgrund des neuen Gesetzes fanden dann am 18. November 1945 die Parlamentswahlen statt.

Am 4. Dezember 1947 wurde in Bulgarien die neue Verfassung angenommen, die die Rechte der Werktätigen garantiert. Diese Verfassung festigte die Grundlage der Volksmacht in Bulgarien.

Das Parlament nahm im Februar d. J. ein Gesetz über die Wahl der Delegierten zu den Volksräten und der Gerichtsbeisitzer zu den lokalen Volksgerichten an und trieb damit die Demokratisierung des Landes weiter. Nach der Bulgarischen Verfassung sind die Volksräte Organe der Staatsmacht, die von der Bevölkerung in geheimer Wahl auf 3 Jahre gewählt werden. Vom Dezember 1947 bis zum Mai 1949 wurden die Funktionen der Volksräte von provisorischen Gemeindeverwaltungen ausgeübt, die aus Vertretern der werktätigen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt waren.

Die Wahlen zu den Volksräten und der Gerichtsbeisitzer fanden am 15. Mai bei regster Beteiligung der Bevölkerung statt. Von 4 748 861 Wahlberechtigten nahmen an den Wahlen der Volksräte 4 628 367 Menschen, d. h. 96,73% der Wahlberechtigten, teil. Für die Kandidaten der Vaterländischen Front wurden 92,01% der Stimmen abgegeben. Diese einmütige Abstimmung für die Kandidaten der Vaterländischen Front beweist die wachsende Autorität der Kommunistischen Partei Bulgariens, die weitere Stärkung der moralisch-politischen Einheit des Volkes.

Über 45 000 Arbeiter, werktätige Bauern und Vertreter der fortschrittlichen Intelligenz wurden in die Gemeinderäte gewählt. Die Volksräte werden die Arbeitsaktivität der Bevölkerung in der Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes, der im Dezember 1948 angenommen wurde, fördern. Nachdem Bulgarien im vorigen Jahre das Vorkriegsniveau der Produktion um 71,5% überboten hat, wird es bis Ende des ersten Fünfjahrplanes den Umfang der Industrieproduktion gegenüber 1948 um 119% steigern. Der Fünfjahrplan sieht eine Entwicklung der Landwirtschaft durch Mechanisierung und Förderung der Genossenschaften vor. Die landwirtschaftliche Produktion wird im Jahrfünft um 59% ansteigen.

Pressedienst
(FD)

3. Juni 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

"Der Wahlsieg am 15. Mai zeigte, - schreibt die Zeitung 'Rabotnitschesko Delo', - daß die Feinde der Vaterländischen Front, die Reste der Reaktion in unserem Lande, vom Volk vollständig isoliert sind. Der Wahlsieg unterstrich nochmals, daß es in unserem Lande außer der Vaterländischen Front keine gesellschaftlich-politische Kraft gibt, die fähig wäre, moralisch und politisch unser Volk zu vereinigen. Der Sieg beweist ferner, daß die Vaterländische Front ihre Rolle nur unter der bewährten Führung der bulgarischen Kommunistischen Partei erfüllen kann, die fest und unerschütterlich an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus steht."

(E-n)

Die Krisenzeichen in den USA

(FD)

"New York Herald Tribune" berichtet am 23. Mai:

"Die von der Regierung am 21. Mai veröffentlichten Zahlen über die Beschäftigung in den USA im April zeigen, daß die Industrie der USA das tiefste Stadium seit Kriegsende erreicht hat.

Das Arbeitsministerium erklärt, daß die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 700 000 unter dem Vorjahre liegt, d.h. um 1 500 000 tiefer als letzten Dezember. Die Zahl hat seit dem Oktober ständig abgenommen und diese Tendenz setzt sich fort. Die durchschnittliche Arbeitswoche, so erklärt das Arbeitsministerium, erreichte den tiefsten Stand seit dem Krieg und zwar während des Monats April durchschnittlich 38,3 Stunden. Der durchschnittliche Wochenlohn fiel bis auf 52,62 Dollar, d.h. er betrug 2,50 Dollar weniger als im Dezember vorigen Jahres. Gleichzeitig erklärt ein Amt für Arbeitssicherheit, daß im Mai d.J. mehr Menschen ohne Arbeit waren, als um dieselbe Zeit des vorigen Jahres. Das Arbeitsministerium erklärte weiterhin, daß die Entlassung von 330 000 Fabrikarbeitern im Laufe des Monats April eine seit 7 Monaten bestehende Tendenz und eine neue Hausse in Entlassungen darstelle..."

Am 24. Mai schreibt dieselbe Zeitung in ihrer wirtschaftlichen Wochenübersicht: "Diejenigen, die heute im höchsten Grade optimistische Feststellungen über den Stand der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten machen, nehmen offensichtlich von der ständig sinkenden Industrieproduktion, von der dauernden Abnahme der Nachfrage nach Verbrauchsgütern und dem Ansteigen der Bankrotte keine Notiz. Sie scheinen die Tatsache zu ignorieren, daß die allgemeine Geschäftstendenz nach abwärts weist; die meisten gutinformierten Geschäftsleute sind sich darüber einig, daß zur Zeit keinerlei Anzeichen dafür sprechen, daß eine Änderung dieser Tendenz zu erwarten steht.

Was die Arbeitslosigkeit anbetrifft, so betrug diese im April lt. Angaben des Handelsministeriums 3 016 000, d.h. 823 000 mehr als vor einem Jahr. Noch deutlicher zeigte sich die absteigende Tendenz in den Angaben über die Beschäftigungsmöglichkeiten, die zeigen, daß sich seit April die Zahl der Kurzarbeiter um 1 543 000 vermehrt hat, was bedeutet, daß zahlreiche Betriebe weniger als 5 Tage in der Woche arbeiten und somit die verfügbaren Einnahmen der Arbeiter weit unter denen des Vorjahres liegen..."

(G.G.)

- 3 -

Pressedienst
(PD)

3. Juni 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

Steigende Arbeitslosigkeit der Marshall-Länder

(PD)

Die schwedische Zeitung "Ny Dag" vom 5.5.49 schreibt:

Wir haben in diesen Spalten bereits des öfteren darauf hingewiesen, daß die Marshallplanpolitik für die kapitalistischen Länder erhöhte Arbeitslosigkeit bedeutet. Die Agenten des Marshallplanes haben versucht, das zu bestreiten. Die große Arbeitslosigkeit in einer Reihe kapitalistischer Staaten konnte aber nicht geleugnet werden. Es ist aber versucht worden nachzuweisen, daß der Marshallplan die Zahl der Arbeitslosen vermindert habe.

Aus den in diesen Tagen veröffentlichten Zahlen des "Internationalen Arbeitsbüros" ist ersichtlich, wer mit seiner Charakteristik des Marshallplanes Recht gehabt hat. Das "Internationale Arbeitsbüro" vergleicht die Arbeitslosigkeit in zehn kapitalistischen Ländern mit der Lage im letzten Jahr. Stichtag ist der 1. Mai 1949 bzw. 1948. Folgende Angaben werden gemacht:

	1949	1948
USA	3,2 Millionen	1,75 Millionen
Italien	2,4 "	1,7 "
Deutschland	950 000	350 000
England	400 000	300 000
Belgien	250 000	90 000
Kanada	200 000	70 000
Österreich	130 000	50 000
Finnland	36 000	6 500
Frankreich	30 000	14 000
Schweiz	12 000	900

Ein Jahr ist der Marshallplan jetzt in Funktion. In diesem Jahr hat sich die Arbeitslosigkeit in zehn kapitalistischen Ländern von insgesamt 4 331 000 auf 7 608 000 Personen erhöht. Das ist fast eine Verdoppelung. Diese in der Statistik des "Internationalen Arbeitsbüros" veröffentlichten Zahlen sind dazu aus verschiedenen Gründen zu niedrig gegriffen. In den Vereinigten Staaten wird die Zahl der Arbeitslosen in Gewerkschaftskreisen auf fast 5 Mill. geschätzt. In Westdeutschland beträgt die Zahl der Arbeitslosen nach Berichten der alliierten Militärbehörden über 1 Mill. Menschen. Auch in Frankreich dürfte die Arbeitslosigkeit höher sein als die angegebenen Zahlen usw.

Der Marshallplan hat die Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern erhöht. Das ist eine bestreithbare Tatsache, die die Agenten des Dollarkapitalismus nicht vertuschen können.

Brief aus Finnland

(PD)

Einer der finnischen Hauptkriegsschuldigen, Väinö Tanner, früher offizieller, heute inoffizieller Führer der finnischen Sozialdemokratie, dessen Anhänger die Leitung der Partei an sich gerissen haben, ist auf dem Wege, wieder in der Öffentlichkeit tätig zu sein.

Pressedienst
(PD)

3. Juni 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Er ist in den Verwaltungsrat der großen Konsumgenossenschaft "Elanto" gewählt worden, dessen Generaldirektor er bis zu seiner Verurteilung war. Diese Wahl ist ein Glied der rechtssozialdemokratischen Politik, mit allen Mitteln die kompromittierten Führer der Rechts-Clique der Sozialdemokratie zu rehabilitieren, damit diese wieder offen ihre alte Abenteuerpolitik fortsetzen können. Sie haben sich nicht im geringsten geändert: ihre Abneigung gegen die Sowjetunion und gegen alles, was Volksdemokratie heißt, ist der Leitstern ihres Handelns.

Zu den militärischen Ausgaben heißt es in einem Leitartikel der "Ny Tid" in Helsinki: "Wir geben gegenwärtig nominell etwa zehnmal mehr für das Militär aus als vor dem Krieg, über 4 Milliarden. Das bedeutet, daß unsere Militärausgaben nach dem Krieg ungefähr gleich hoch sind wie vor dem Krieg. Wir verschwenden Geld für das Militär, das wir nicht brauchen, und wir unterlassen es, Wohnungen zu bauen, die wir brauchen. So tollhausmäßig funktioniert die Republik Finnland."

Die Planlosigkeit der Finanzpolitik zeigt sich deutlich. Bereits 4 Monate nach Verabschiedung des Staatsbudgets legte die Regierung dem Reichstag ein zusätzliches Budget über 8 1/2 Milliarden vor.

Die Beteiligung Finnlands an der internationalen Straßenkonferenz in Genf zur Schaffung eines Autostraßennetzes in Europa hat viel Staub aufgewirbelt, weil diese Autostraßen im Zusammenhang mit der Antisowjethetze stehen und daher die gleichen Funktionen haben sollen wie unter Hitler! Die Volksdemokraten haben im Reichstag eine Anfrage eingebracht, warum der Reichstag nicht unterrichtet wurde.

Überhaupt liebt die finnische Regierung die Geheimnistuerei. Sogar die bürgerliche Zeitschrift "Das Wirtschaftsleben" (Talouselämä) klagt darüber: nicht einmal wenn Handelsverträge abgeschlossen seien, werde das Dunkel gelichtet; Import und Export werde mit derselben Mystik umgeben.

Das Zentralorgan der finnischen Volksdemokraten, "Vapaa Sana" (Freies Wort), schreibt zur Situation: "Der 'Dritte Weg' hat dazu geführt, daß die gegenwärtige Regierung ohne Programm dasteht. Die Dinge werden abgemacht wie in einem Pokerspiel, bei dem man handelt, wie die Karten eben fallen. Die Linke hat konkrete Vorschläge für die Lösung der Probleme des Wirtschaftslebens gefordert und aufgestellt. Diese wurden gemeinsam von Bürgerlichen und Sozialdemokraten verworfen. Man hat das Volk mit "Kommunismus" und "Kolchosen" geschreckt."

Friedrich Ege

Zur Information

=====

"New York Herald Tribune" zum Berliner S-Bahn-Konflikt

(PD)

Am 23. und 24. Mai brachte "New York Herald Tribune" Berichte über den Berliner S-Bahn-Streik, denen wir folgende Zitate entnehmen:

"Jugendliches Gesindel, an Zahl größer als die streikenden Eisenbahnarbeiter, an deren Seite sie kämpfen,... veranstaltete gestern

- 5 -

Pressedienst
(PD)

3. Juni 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

ein Dutzend regelrechte Schlachten gegen die kommunistische Eisenbahnpolizei. Die an den Schlachten teilnehmenden Massen wuchsen ständig an, und es ist offensichtlich, daß ihr Zuzug hauptsächlich aus jugendlichen Raufbolden im Alter von 15 bis 18 Jahren besteht, die teils aus Sensationslust, teils aus jugendlichem Haß gegen die Kommunisten am Kampfe teilnahmen... Vergangene Nacht zählte die Masse in Neukölln, Charlottenburg und am Bahnhof Zoo je 1 000 bis 2 000 Köpfe; die große Mehrheit bestand aus jungen Leuten, die in keiner Beziehung zur streikenden Gewerkschaft stehen... Viele von diesen sind in erster Linie nicht am Streik, sondern am dem Unfug interessiert, den sie anrichten können. Eine äußerst unübliche Manifestation besteht darin, daß Kinder im Alter von sechs oder sieben Jahren die Eisenbahnstationen überschwemmen, alle nur möglichen böartigen Schäden anrichten, um dann auseinanderzustieben. Auf dem Bahnhof Westkreuz verwandelte eine solche Bande von Kindern das Büro des Stationsvorstehers in einen Trümmerhaufen..."

"Der Streik ist offensichtlich über die Phase einer Arbeits-Auseinandersetzung hinausgegangen. Er ist ein politischer Kampf, der sich gegen die kommunistische Macht jenseits der Sektorengrenzen richtet. Die Eisenbahnpolizei ist berechtigt, nach einer Viermächte-Vereinbarung von 1945 die Eisenbahnstationen zu besetzen. Diese Vereinbarung gibt den sowjetischen Behörden das Recht, alle Berliner Eisenbahnlinien zu überwachen.

Der randalierende Haufen machte wütenden politischen Kämpfern Platz darunter zahlreiche Jugendliche, im Alter von Anfang zwanzig. Sie sind wütend genug, um mit Steinen und Knüppeln anzugreifen. Schienen sind aufgerissen, Signale und Schaltanlagen sowie andere Installationen zerstört worden. Die Hochbahn in den Westsektoren ist als Transportmittel stillgelegt, obwohl die Kommunisten in der Lage gewesen sind, mit Dampf betriebene Versorgungszüge über einige Schienenwege zu leiten. Der Frachtverkehr aus den Westzonen funktioniert nach wie vor, ist aber durch den Streik sehr verlangsamt worden...."

(G.G.)

Die deutsche Bevölkerung in Rumänien

(PD)

Einem Beschluß des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei entnehmen wir:

"Die demokratische Lösung des Problems der deutschen Bevölkerung von Transsylvanien und des Banats muß im Sinne der Resolution des Juni-Plenums des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei herbeigeführt werden, und zwar auf der Grundlage der Klassendifferenzierung unter den Bedingungen des verschärften Klassenkampfes. Dabei besteht die Hauptaufgabe darin, den Einfluß, den der Hitlerismus innerhalb dieser deutschen Bevölkerung ausgeübt hat, mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Die großen sozialen Reformen unserer Volksdemokratie haben zur Vernichtung der jahrhundertealten Privilegien geführt, die die innerhalb der deutschen Bevölkerung existierenden Ausbeuterklassen besaßen, die deutsche Werkmätigenschaft bekam gleichfalls das Recht auf Arbeit.

- 6 -

Fressdienst
(FD)

3. Juni 1949
Stimmen des Auslandes - 6 -

beit garantiert, sie erhielt gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die deutsche Bevölkerung bekam durch das demokratische Regime das Recht auf Unterricht in der Muttersprache. Man muß den werktätigen deutschen Massen zeigen, daß ihre Interessen identisch sind mit denjenigen des ganzen werktätigen Volkes unseres Landes, und daß sie die Pflicht haben, so wirksam wie möglich zur Demaskierung der faschistischen Elemente und der Propagandisten der angeblichen 'deutschen Volksgemeinschaft' beizutragen, deren Arbeit das Ziel verfolgt, die Solidarität der Werktätigen zu untergraben und der Klassenpolitik der reaktionären Bourgeoisie Unterstützung zu gewähren.

Besondere Aufmerksamkeit muß der deutschen Jugend geschenkt werden, die im faschistischen Geist erzogen wurde und die die Faschisten, die unter dem Deckmantel verschiedener religiöser Vereinigungen arbeiten, auch heute noch zu beeinflussen suchen.

Eine intensive Aufklärungsarbeit muß unter den werktätigen deutschen Massen des Landes geleistet werden. Man muß diese davon überzeugen, daß sie in ihrem ureigenen Interesse gegen ihre eigene Bourgeoisie kämpfen müssen, die aus ihnen ein Instrument in der Hand des englisch-amerikanischen Imperialismus machen will. Man muß die Politik der UdSSR popularisieren, die das Ziel der Schaffung eines einheitlichen und friedlichen Deutschland verfolgt - im Gegensatz zu den Versuchen der englisch-amerikanischen Imperialisten, Deutschland von neuem in ein Kriegsarsenal zu verwandeln, was nicht nur die Sicherheit anderer Völker gefährdet, sondern auch die Zukunft des deutschen Volkes selbst bedroht. Die deutschen werktätigen Massen unseres Landes müssen Freunde der Rumänischen Volksrepublik werden und aktiv am demokratischen Aufbau teilnehmen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hält das Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei die Schaffung eines deutschen Antifaschistischen Komitees für notwendig.

Der Kampf gegen ihre eigene Bourgeoisie, welche aus einem Vorposten des hitlerischen Imperialismus zu einer Agentur des englisch-amerikanischen Imperialismus geworden ist, die vollständige Ausmerzung noch vorhandener faschistischer Tendenzen, der Kampf gegen die Aufsetzungspolitik des Vatikan eröffnen der werktätigen deutschen Bevölkerung des Landes einen neuen Weg, den sie an der Seite der werktätigen Massen des rumänischen Volkes und der anderen Nationalitäten beschreiten wird."

Dorf Progresul

(FD)

Vor 24 Jahren gründeten 90 arme rumänische Bauernsiedler das Dorf "Progresul". Sie begannen den Boden zu bearbeiten; nach und nach wurde er ihnen aber vom damaligen Justizminister abgenommen, der Land zur Abrundung seiner Besitztümer brauchte. Als Entschädigung erhielten sie 427 ha schlechten Boden, 10 km vom Dorfe entfernt. Die große Entfernungen, der Mangel an Vieh und Geräten verdammt die Einwohner von "Progresul" zu Not und Elend. Sie waren gezwungen, Zugvieh und landwirtschaftliche Geräte, zwei reichen Kulaken des Dorfes zu mieten und dafür über 50 Prozent ihrer Ernte herzugeben.

Pressedienst
(FD)

3. Juni 1949
Stimmen des Auslandes - 7 -

Als voriges Jahr in der Nähe von "Progresul" eine Maschinen-Ausleihstation gegründet wurde, hörten einige Bauern und "Progresul" über die vorteilhaften Bedingungen, unter denen die MAS das Land zu bearbeiten bereit ist. Sie riefen das Dorf zusammen. Nach tagelanger Diskussion wurden zwei Vertreter der MAS eingeladen, um mit ihnen einen Vertrag über die Benutzung von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen abzuschließen. Das ganze Dorf unterzeichnete den Vertrag. Auch die beiden Kulaken wollten mitmachen, aber ihre Anträge wurden abgelehnt.- Zum ersten Mal nach einem Vierteljahrhundert können die Einwohner von "Progresul" mit Vertrauen der Ernte entgegensehen.- Die Ernte wird ihnen gehören.

(G.G.)

34,5 Millionen Schulkinder

(FD)

Zum Abschluß des Schuljahres gibt die Sowjetpresse eine Übersicht über das Schulwesen der Sowjetunion.

In der Sowjetunion werden gegenwärtig in 220 000 Schulen 34,5 Millionen Schüler unterrichtet. Vor der Revolution hatte Rußland 7,8 Millionen Schüler. In den höheren Lehranstalten studieren 730 000 Studenten, 270 000 Studenten lernen im Fernunterricht. Im vorigen Jahr absolvierten 735 000 Hochschulen und höhere technische Lehranstalten. Dazu kommt noch das große Netz von allgemeinen und technischen Abendschulen, Kursen und Zirkeln. So wird in der Sowjetunion das in der Verfassung verankerte Recht auf Bildung verwirklicht.

Nach den letzten Anordnungen der Sowjetregierung ist die siebenjährige Schulpflicht auch in den entlegensten Landgebieten eingeführt worden. In diesem Jahr werden rund 174 Millionen Schulbücher gedruckt, um die Hälfte mehr als im Vorjahr.

(E-n)